

Warum schrumpfen Mitgliederparteien?

Dose, Nicolai

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Dose, N. (2012). Warum schrumpfen Mitgliederparteien? *GWP - Gesellschaft. Wirtschaft. Politik*, 61(3), 293-302.
<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-96464-7>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Warum schrumpfen Mitgliederparteien?

Nicolai Dose



Prof. Dr. Nicolai Dose leitet den Lehrstuhl für Politikwissenschaft und Verwaltungswissenschaft an der Universität Duisburg-Essen, Institut für Politikwissenschaft. Er ist gleichzeitig Geschäftsführender Direktor des Rhein-Ruhr-Instituts für Sozialforschung und Politikberatung e.V. (RISP).

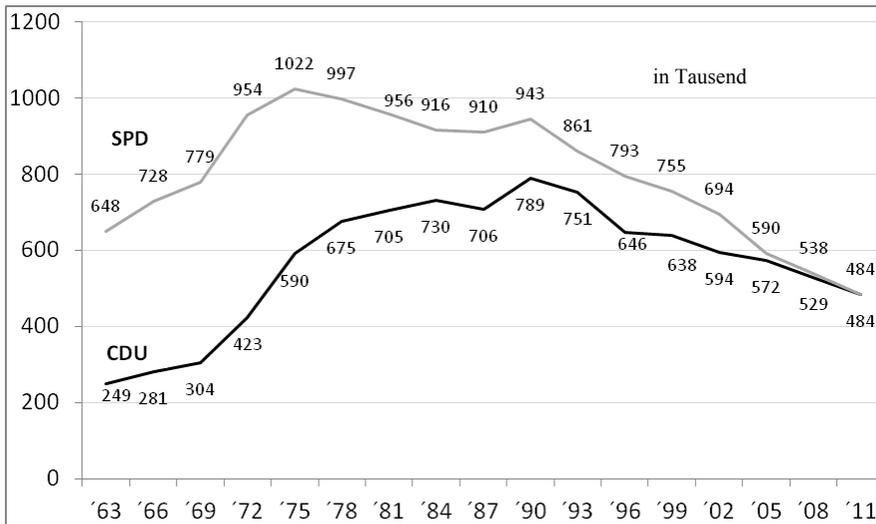
1. Mitgliederparteien im Schrumpfungsprozess

Insbesondere die vormals mitgliederstarken Parteien SPD und CDU verlieren bereits seit Mitte der 70er Jahre (SPD) bzw. seit Anfang der 90er Jahre (CDU) so massiv an Mitgliedern, dass ihre organisatorische und finanzielle Basis langsam ins Wanken gerät. Denn eine Mitgliederpartei unterscheidet sich von anderen Parteien durch eine große Zahl an Mitgliedern, wobei die von ihnen gestellten Ressourcen eine wichtige Rolle spielen. Die Mitglieder bilden damit eine wichtige Stütze dieser Parteien. Ihre Bedeutung steigt noch, wenn die jeweilige Partei kaum über andere Ressourcen wie beispielsweise umfangreiche Spenden verfügt. Da ohne die Mitglieder der Parteibetrieb nicht aufrechterhalten werden kann, ist es für diese Parteien lebensnotwendig, eine große Zahl von aktiven Mitgliedern zu binden. Anders als der Begriff der ‚Volkspartei‘, bei dem es vor allem auf die breite Verankerung der jeweiligen Partei im gesamten Volk geht, verweist das Konzept der Mitgliederpartei also auf das zentrale Gewicht von Parteimitgliedern.

Dabei ist sich die einschlägige Literatur nicht ganz einig, ob ein auch substantieller Verlust an Mitgliedern die Parteien vor große Probleme stelle (siehe für das Folgende die Überblicke bei Wiesendahl u.a. 2009: 21-23; Detterbeck 2009: 77-82). So wird darauf verwiesen, dass sich auch bei einem Mitgliederschwund der Kern an aktiven Mitgliedern kaum ändere und auch kein merklicher Rückgang von Aktivitäten weder nach Innen noch nach Außen feststellbar sei. In die gleiche Richtung weist das Argument, dass kleinere Parteiorganisationen einen höheren Anteil an aktiv partizipierenden Mitgliedern aufweisen würden. Dagegen wird auf den Verlust an Mitgliedsbeiträgen einschließlich der in Deutschland daran geknüpften staatlichen Zahlungen sowie auf die eingeschränkte Handlungsfähigkeit der Parteien aufgrund von Mitgliederverlusten verwiesen. Bekanntlich hätten auch die großen Parteien bereits Probleme, in den Kommunen ausreichend viele Kandidaten für die Kommunalwahlen zu finden. Insbesondere bei Parteien, die nicht auf der Basis eines umfangreichen Spendenaufkommens ihre Wahlkämpfe über die Medien organisieren können, wirkt sich eine unzureichende Präsenz vor Ort negativ auf den Wahlerfolg aus. Schließlich kommt dem persönlichen Kontakt zwischen Parteimitgliedern und Wählern immer noch eine große Bedeutung in Wahlkämpfen zu (Wiesendahl 2009: 44). Sind gar vor Ort keine Parteistrukturen mehr vorhanden, finden Interessierte und damit potenzielle Neumitglieder auch keine lokalen Ansprechpartner mehr. Insgesamt scheint der deutliche Mitgliederverlust,

der insbesondere für die beiden deutschen Mitgliederparteien SPD und CDU kennzeichnend ist, diese Parteien vor große Probleme stellen. Hierfür muss man sich verdeutlichen, dass die SPD zur Zeit ihrer höchsten Popularität (1975) deutlich über eine Million Mitglieder aufwies. Seither hat sich die Zahl der Mitglieder auf aktuell 484.000 mehr als halbiert. Auch die Mitgliederzahl der CDU hat sich seit dem Höchststand kurz nach der Wende (789.000) auf etwa den gleichen aktuellen Wert wie bei der SPD deutlich verkleinert.

Abbildung 1: Mitgliederentwicklung bei der SPD und CDU



Quelle: Daten bis 2010: Niedermayer, Oskar, 2011: 2; Daten für 2011: Niedermayer zitiert nach Statista, abgerufen am 13.06.2012: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/1339/umfrage/mitgliederzahlen-der-politischen-parteien-deutschlands/>

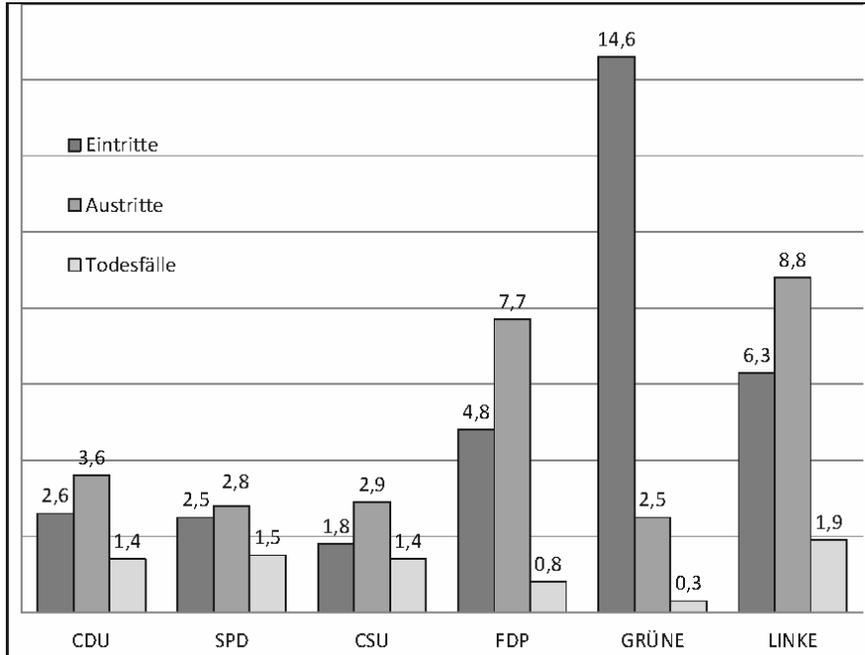
Vor diesem Hintergrund ist eine empirisch fundierte Untersuchung der möglichen Gründe des deutlichen Verlustes an Mitgliedern sowohl aus Sicht der betroffenen Parteien als auch aus wissenschaftlicher Perspektive von einiger Bedeutung. Der bereits im Titel enthaltenen Forschungsfrage „Warum schrumpfen Mitgliederparteien“ – und man könnte ergänzen „auf so dramatische Weise?“ – soll im Folgenden in drei Schritten nachgegangen werden. Erstens wird eruiert, welchen relativen Anteil Todesfälle, Austritte und die Quoten an Eintritten an der Mitgliederentwicklung haben. Zweitens sollen mögliche Gründe für den Mitgliederschwund, wie sie sich in der Literatur finden, kurz rekapituliert werden. Drittens werden die Ergebnisse zweier empirischer Studien zum Thema präsentiert.

2. Parteien schrumpfen nicht nur wegen Parteiaustritten

Zum Mitgliederschwund bei Parteien tragen nicht nur Parteiaustritte, sondern auch Todesfälle und eine damit verglichen unzureichende Anzahl an Eintritten bei. Wie Abbildung 2 verdeutlicht, liegt der Anteil der Eintritte deutlich über dem der Todesfälle. Gäbe es keine Austritte, stünden die Parteien also deutlich besser da. In

der Realität bilden jedoch sowohl die Todesfälle als auch die Austritte zusammen die Gruppe der ‚Abgänge‘, deren Anteil im Jahre 2010 mit Ausnahme von Bündnis90/Die Grünen deutlich über dem der Neueintritte lag. Betrachtet man ausschließlich die Todesfälle, wird deutlich, dass diese bei CDU, SPD, CSU und insbesondere der Linken das Problem noch verschärfen. Auch in Zukunft wird es für die genannten Parteien in diesem Bereich kaum Entlastung geben, denn diese Parteien leiden an einer zum Teil dramatischen Überalterung (Klein 2011: 45).

Abbildung 2: Eintritte, Austritte und Todesfälle im Jahr 2010 in Prozent aller Mitglieder



Quelle: Niedermayer 2011: 23.

Nach Klein verschärft sich das Problem noch durch das relativ niedrige Aktivitätsniveau, dass für die älteren Mitglieder kennzeichnend sei. Sie bezahlen zwar weiterhin ihren Mitgliedsbeitrag, würden sich ansonsten aber nicht aktiv einbringen (Klein 2011: 44-45). Ihr Interesse an den Parteiaktivitäten konzentriert sich womöglich auf den Besuch der geselligen Ereignisse. Unsere eigene Analyse von 682 auswertbaren Antworten der eingeschriebenen SPD-Mitglieder des Unterbezirks Siegen-Wittgenstein bestätigt diese Auffassung jedoch nicht durchweg. Misst man die Parteiaktivität an den pro Monat für die Parteiarbeit aufgewendeten Stunden und errechnet für festgelegte Altersgruppen, welcher Anteil jeweils in definierte Parteiaktivitätsstufen fällt, schneiden die Älteren recht gut ab. Mit einem Anteil von gut 24% an ihrer Altersgruppe stellen die ab 80-Jährigen bei monatlich 11-15 Stunden Parteiarbeit den höchsten Prozentanteil aller Altersgruppen. Und auch die 70-79-Jährigen kommen im Vergleich der Altersgruppen nach den 20-29-Jährigen immer noch auf den drittstärksten Anteil. Bei denjenigen Mitgliedern, die mehr als 15 Stunden pro Monat für die Partei aufwenden und damit zur höchsten Parteiakti-

vitätsstufe gehören, fallen die Älteren allerdings merklich zurück. Hier ist der Anteil der sehr aktiven 20-29-Jährigen an ihrer Altersgruppe mit 22% der höchste.

3. Stand der Literatur: Weshalb treten Parteimitglieder aus?

Befragt man die Literatur nach möglichen Faktoren, die helfen können, Parteiaustritte zu erklären, findet man erstens Hinweise auf das Wegbrechen von spezifischen sozialen Milieus, die ursprünglich geeignet waren, Parteimitglieder zu binden. Diese Milieus hätten ihre Prägekraft verloren (Niedermayer 2000: 98-99). Ursächlich hierfür wären Wertewandel, Bedeutungsverlust kirchlicher Bindungen, Individualisierung sowie erhöhte Mobilität. Sowohl das (katholisch) christlich-konservative Milieu als auch das sozialdemokratische hätten ihre Bindungskraft verloren. So sind Mitglieder der SPD nicht mehr ‚automatisch‘ auch bei den Gewerkschaften und der Arbeiterwohlfahrt organisiert. In ihrer politischen Sozialisation sind sie vielfältigen Einflüssen ausgesetzt, was dazu beiträgt, dass die vormals dominierenden Faktoren weniger wirksam werden. Auch die soziale Kontrolle nehme ab, weil die Bürger sich nicht mehr nur in dem einen Umfeld bewegen, in dem ein bestimmtes Verhalten positiv sanktioniert werde und ein anderes negativ.

Zweitens tragen eine generelle Parteienverdrossenheit und der verbreitete Vertrauensverlust von Institutionen zu einer verringerten Attraktivität von Parteien bei. Gesellschaftliche Probleme weisen mittlerweile in verflochtenen Systemen eine Komplexität auf, die auch von politisch Interessierten nicht immer zu durchschauen ist. Skandale, unzureichende Problemlösungen und Einschnitte in Besitzstände werden dann schnell den politischen Institutionen und insbesondere den Parteien angelastet, die sowieso unter Generalverdacht stehen, ausschließlich nach der Steigerung der eigenen Machtfülle zu streben (vgl. Niedermayer 2000: 99). Überträgt sich diese Parteiverdrossenheit auf die Parteimitglieder, besteht die Gefahr, dass sie sich zu einem Parteiaustritt entscheiden (vgl. Niedermayer 1989: 4). Dies scheint vor allem dann der Fall zu sein, wenn die Parteien ihre bisherige Politik abrupt verändern, d.h. wenn eine Neubeantwortung wahrgenommener Herausforderungen stattgefunden hat. Als Beispiele zur Plausibilisierung sei hier auf die Einführung von Hartz IV und deren Wirkung auf die Bereitschaft, sich in der SPD zu engagieren (siehe Abschnitt 4), und auf die jüngst vorgenommene Energiewende bei der CDU verwiesen. Auch diese habe – wie man eher anekdotisch aus Kreisen der CDU hört – zu dem einen oder anderen Austritt geführt.

Drittens würden die Parteien immer weniger den aktuellen Wünschen nach Art und Umfang bürgerschaftlicher Beteiligung entsprechen. Die neu gewachsenen Ansprüche der Bürger nach wirksamer Mitbestimmung und Mitgestaltung jenseits einer rein repräsentativ demokratischen Ausprägung könnten die „verkrusteten, zuweilen zu erstarrten Apparaten degenerierten Parteiorganisationen“ nicht erfüllen (Niedermayer 2000: 99). Wie auch der rasante Erfolg der Piraten verdeutlicht, fordern insbesondere die Jüngeren neuere, direkte Formen von Demokratie.

Viertens werden übergroße und damit tendenziell anonyme Ortsvereine als Austrittsgrund gesehen. Diesen Überlegungen zufolge nimmt mit steigender Größe eines Ortsvereins der Anteil der aktiven Mitglieder erkennbar ab. Umgekehrt steige der Anteil aktiver Mitglieder mit fallender Größe eines Ortsvereins. Hierfür können insbesondere drei Argumente ins Feld geführt werden (Niedermayer 1989: 158, 241-244). Erstens könnten in großen Ortsvereinen – gemessen an der Mit-

gliederzahl – nur relativ wenige Mitglieder durch Ämter und Mandate in die Parteiorganisation eingebunden werden. Darüber hinaus scheint es plausibel, dass zweitens in kleinen Ortsvereinen die soziale Kontrolle besser als in unübersichtlichen und weitgehend anonymisierten Strukturen großer Organisationen funktioniert. Drittens sei der Nutzen der Parteiarbeit jedes einzelnen Mitglieds in kleinen Ortsvereinen so groß, dass die Kosten der Mitarbeit geringer ausfielen als der Nutzen. Versuche ein Mitglied dennoch Trittbrett zu fahren, also am Nutzen zu partizipieren ohne sich selbst einzubringen, falle dies in kleinen Ortsvereinen stärker auf als in großen. Damit ist eine gewisse Nähe zum Argument der ausgeprägteren sozialen Kontrolle unverkennbar. Vor dem Hintergrund der weitgehend gesicherten Erkenntnis, dass Mitglieder mit steigendem Aktivitätsgrad weniger Gefahr laufen auszutreten (Rohrbach 2011: 185), müsste der angenommene höhere Aktivitätsgrad in kleinen Ortsvereinen diese vor einer größeren Zahl von Austritten bewahren.

4. Empirie

Die vier genannten möglichen Erklärungen für das Schrumpfen der Mitgliederparteien sollen im Folgenden mit den Ergebnissen zweier Befragungen von ehemaligen und eingeschriebenen Mitgliedern des SPD-Unterbezirks Siegen-Wittgenstein konfrontiert werden. Die erste Befragung war durch Face-to-Face-Interviews gekennzeichnet und wurde von Juli 2010 und bis März 2011 durchgeführt. Grundgesamtheit waren alle im Zeitraum von Dezember 2006 bis März 2010 im Untersuchungsgebiet aus der SPD ausgetretenen Personen. Nach der Bereinigung des Datensatzes verblieben 289 Personen, von denen letztendlich ca. 20% auf Basis eines standardisierten Fragebogens interviewt werden konnten. Als größtes Problem erwies sich bei der Anbahnung der Interviews, dass sehr viele der ehemaligen Mitglieder trotz mehrmaliger Versuche nicht erreicht werden konnten. Die zweite Studie wurde im Zeitraum von Dezember 2011 bis Ende Januar 2012 im Rahmen einer standardisierten postalischen Befragung aller im Untersuchungsgebiet eingeschriebenen SPD-Mitglieder durchgeführt. Die Rücklaufquote lag bei 37%, was deutlich über der bei vergleichbaren Umständen erwartbaren Rücklaufquote von 5 bis 20% liegt. Insgesamt sind beide Befragungen nicht repräsentativ für die gesamte SPD. Dennoch lohnt es sich, die Ergebnisse genauer zu betrachten. Denn wie wir aus vielen Gesprächen auch außerhalb des Untersuchungsgebiets und auch mit CDU-Vertretern erfahren konnten, finden sich vergleichbare Ergebnisse – freilich lediglich anekdotisch hinterlegt – auch in anderen Regionen und Parteien.

4.1 Erosion sozialer Milieus

Von den befragten ausgetretenen Mitgliedern gaben 55% an, Gewerkschaftsmitglied zu sein, 8% waren bei der Arbeiterwohlfahrt (AWO) organisiert. Von den aktuellen SPD-Mitgliedern waren lediglich 50,5% gewerkschaftlich organisiert, zum Zeitpunkt des Eintritts in die SPD waren es 55,7%. Bei den Ausgetretenen waren es zum Zeitpunkt des Eintritts lediglich 43%. Während der gewerkschaftliche Organisationsgrad der Ausgetretenen während der SPD-Mitgliedschaft also zunahm, verringerte er sich bei den eingeschriebenen Mitgliedern. Im Untersuchungsgebiet ist der gewerkschaftliche Organisationsgrad der SPD-Mitglieder re-

lativ hoch; er liegt deutlich über dem deutschlandweiten, der für das Jahr 2009 mit 42% zu veranschlagen ist (Klein 2011: 53). Deutlich höher als bei den ausgetretenen Mitgliedern (8%) liegt bei den aktuellen Mitgliedern mit 19,4% der Anteil, der auch Mitglied in der AWO ist.

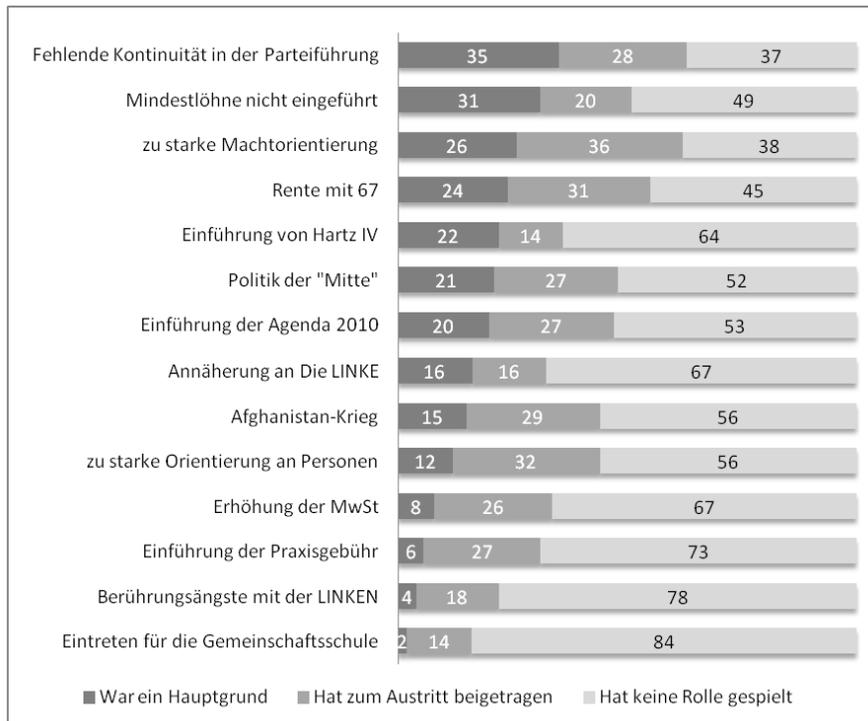
Aus dem Umstand, dass die ehemaligen Mitglieder zu einem größeren Anteil gewerkschaftlich organisiert und auch zum Teil während ihrer SPD-Mitgliedschaft erst in die Gewerkschaft eingetreten sind – während der gewerkschaftliche Organisationsgrad bei den aktiven SPD-Mitgliedern abgenommen hat –, lässt sich vorsichtig ableiten, dass die Mitgliedschaft in einer Organisation, die sich für Arbeitnehmerinteressen stark macht, angesichts einer SPD-Politik, die zum Teil gegen Arbeitnehmerrechte gerichtete war (Hartz IV, Rente mit 67; siehe Abschnitt 4.2) nicht unbedingt in Richtung einer Stabilisierung der SPD-Mitgliedschaft wirkt. Also gerade der hohe gewerkschaftliche Organisationsgrad könnte im SPD-Unterbezirk Siegen-Wittgenstein zur Austrittsentscheidung beigetragen haben. Mit anderen Worten, das sozialdemokratische Milieu wirkt, aber in eine andere Richtung als erwartet.

4.2 Parteiverdrossenheit

Zur Parteiverdrossenheit trägt bei, wenn die Beweggründe, welche zu einem Parteieintritt geführt haben, nicht zu entsprechenden politischen Erfolgen führen. Auch wenn die Parteispitze eine Politik durchsetzt, die von den Mitgliedern nicht mehr mitgetragen wird, schürt dies Ärger über die eigene Partei. Von den befragten, ausgetretenen Mitgliedern gaben 62% an, dass es ihnen bei ihrem Eintritt sehr wichtig oder wichtig war, etwas für den eigenen Wohnort zu erreichen. Dies gelang jedoch nur 51%. Gar 66% war es sehr wichtig oder wichtig, die Politik der SPD über den Wohnort hinaus zu unterstützen. Nur 41% gelang dies nach eigener Einschätzung auch; ein Anteil von 25 Prozentpunkten wurde damit in den Erwartungen enttäuscht. Die Deutsche Parteimitgliederstudie 2009 ermittelte bei den ehemaligen Mitgliedern im Vergleich zu den aktuellen Mitgliedern gleichfalls eine geringere Ausprägung des Gefühls, dass man mit seinem parteipolitischen Engagement etwas erreichen kann (Rohrbach 2011: 191). Folglich scheint ein gewisses Maß an politischer Resignation zur Austrittsentscheidung beizutragen.

Als falsch kritisierte Sachentscheidungen weist die Parteimitgliederstudie als bei weitem wichtigsten Anlass aus, um über einen Parteiaustritt nachzudenken (Rohrbach 2011: 186). Dies deckt sich weitgehend mit unseren eigenen Ergebnissen aus der Befragung der ehemaligen Mitglieder, die in Abbildung 3 zusammengefasst sind. Da wir auf der Basis von explorativen Interviews etwas genauer fragen konnten, wissen wir allerdings, dass die fehlende Kontinuität in der Parteiführung bei 63% der Befragten Hauptaustrittsgrund war oder zur Austrittsentscheidung beigetragen hat. An zweiter Stelle steht mit 62% die zu ausgeprägte Machtorientierung der politischen Spitze. Erst dann folgten mit 55% die Einführung der Rente mit 67 und mit 51% die Nichteinführung von Mindestlöhnen.

Abbildung 3: SPD-Politik und SPD-Erscheinungsbild als Austrittsgründe (in Prozent)



4.3 Unzureichende innerparteiliche Mitwirkungsmöglichkeiten

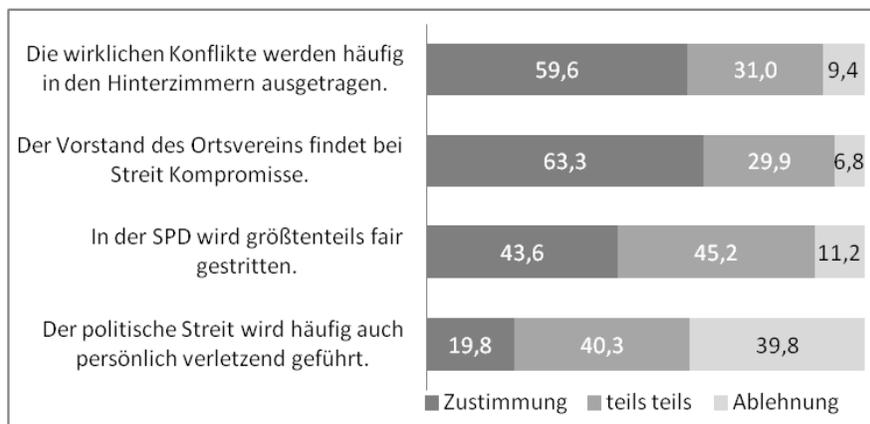
Um die Beurteilung der innerparteilichen Mitbestimmung sowohl auf der örtlichen als auch auf der überörtlichen Ebene zu erfahren, wurden sowohl den ehemaligen als auch den aktuellen Mitgliedern entsprechende Fragen gestellt. Wie Tabelle 1 verdeutlicht, beurteilen die aktuellen Mitglieder die Mitbestimmungssituation in der SPD durchweg besser als die ehemaligen Mitglieder. Allerdings wird die Qualität der Mitbestimmung oberhalb des Ortsvereins von beiden Gruppen als relativ schlecht eingeschätzt, wobei die ehemaligen Mitglieder die Situation als besonders misslich empfunden haben. Aber nicht nur die damit verbundene Unzufriedenheit hat zur Austrittsentscheidung beigetragen. Wie die Zahlen verdeutlichen, haben die ehemaligen Mitglieder ihre eigenen Meinungen darüber hinaus auch deutlich schlechter vom Ortsvereinsvorstand berücksichtigt gesehen als die aktuellen Mitglieder. Die damit dokumentierten nicht durchweg zufriedenstellenden, innerparteilichen Mitwirkungsmöglichkeiten können auch eine mögliche Austrittsentscheidung beeinflussen. Immerhin haben 14,4% der befragten aktuellen Mitglieder, die schon einmal über einen Austritt nachgedacht haben (41,8%), angegeben, dass Grund hierfür u.a. der zu geringe Einfluss auf Entscheidungen der Partei gewesen sei.

Table 1: Mitbestimmung in der Partei – Einschätzung aktueller und ehemaliger Mitglieder im Vergleich in Prozent

Aussagen zur Mitbestimmung	stimme voll zu, stimme zu		teils teils		Stimme nicht zu, stimme überhaupt nicht zu	
	aktuelle	ehemalige	aktuelle	ehemalige	aktuelle	ehemalige
Ich kann in meinem OV angemessen mitbestimmen	71,9	63	18,6	27	9,6	10
Ich kann in der Parteiorganisation oberhalb des OV angemessen mitbestimmen	34,2	31	37,3	25	28,6	34
OV-Vorstand hat Meinungen der Mitglieder bei Entscheidungen berücksichtigt	71,7	49	21,5	30	6,9	18

Um das Bild weiter zu vervollständigen wurden die aktuellen Mitglieder nach entsprechenden Hinweisen, die aus offenen Nennungen der Befragung der ehemaligen Mitglieder gewonnen werden konnten, nach der Art und Weise der innerparteilichen Konfliktaustragung befragt. Wie aus Abbildung 4 hervorgeht, wird dem Vorstand zwar mehrheitlich attestiert, bei innerparteilichem Streit Kompromisse zu finden. Aber das große Ausmaß an Zustimmung für die Aussage, die wirklichen Konflikte würden in den Hinterzimmern ausgetragen (nur 9,4% lehnen diese Aussage ab), verweisen nicht auf transparente Entscheidungsstrukturen, die jedoch Voraussetzung für eine gut funktionierende innerparteiliche Demokratie sind. Kritisch zu sehen ist sicherlich auch, dass 19,8% der Aussage zustimmen, der politische Streit werde häufig auch persönlich verletzend geführt. Auch wenn damit eine subjektive Wahrnehmung abgefragt wurde, so kann diese doch zur Entscheidung beitragen, die Partei zu verlassen.

Abbildung 4: Umgang mit Konflikten in der SPD



4.4 Anonymität in übergroßen Ortsvereinen

Folgt man der Literatur (siehe Abschnitt 3.) müsste wegen des angenommenen höheren Aktivitätsgrades in kleinen Ortsvereinen der Schrumpfungsprozess geringer ausgeprägt sein als in großen, mutmaßlich anonymen Ortsvereinen. Dies deckt sich

jedoch nicht mit unseren empirischen Ergebnissen. Wie die Analyse der Austrittszahlen aller Ortsvereine im SPD-Unterbezirk Siegen-Wittgenstein ergab, verlieren kleinere Ortsvereine überproportional an Mitgliedern. Im Zeitraum von 2006 bis 2009 traten im Unterbezirk jährlich durchschnittlich 5,7% der Mitglieder aus der SPD aus. Bildet man das 20% Perzentil derjenigen Ortsvereine mit dem prozentual größten Verlust an Mitgliedern, sind acht von neun dieser Ortsvereine kleine und sehr kleine Ortsvereine, von denen keiner im Untersuchungszeitraum von 2006 bis 2009 mehr als durchschnittlich 36 Mitglieder aufweist. Angesichts einer durchschnittlichen Mitgliedergröße (2006-2009) von 45 Mitgliedern wird deutlich, dass tatsächlich die kleineren Ortsvereine angesprochen sind. Nur ein einziger Ortsverein aus dieser Gruppe der sehr schnell schrumpfenden Parteigliederungen gehört zu den größeren Ortsvereinen. Fünf der acht von besonders hohen Austrittsquoten betroffenen Ortsvereine weisen sogar nicht mehr als 25 Mitglieder auf, zum Teil sogar deutlich weniger. Der Ortsverein aus dieser Gruppe, der durchschnittlich im Jahr am wenigsten Mitglieder verliert, muss immerhin noch durchschnittlich 8,9% Austritte pro Jahr verkraften. Der am stärksten betroffene Ortsverein verliert im Durchschnitt pro Jahr sogar 14,3% seiner Mitglieder. Diese Entwicklung kann durch eine Überlastung der verbliebenen Mitglieder erklärt werden. Es sind in kleinen Ortsvereinen relativ schnell mehr Ämter zu vergeben und Mandate zu besetzen, als hierfür interessiertes Personal zur Verfügung steht. Dies führt dann zu Doppelbelastungen der wenigen Aktiven. Das Problem verstärkt sich, weil die betroffenen Ortsvereine sich weniger schlagkräftig in Wahlkämpfe einbringen können, was möglicherweise zu einem unterdurchschnittlichen Abschneiden bei diesen Wahlen führt und damit weitere Frustrationen herbeiführen kann. Allerdings heißt dies dann auch eine niedrigere Belastung durch die Wahrnehmung von Mandaten; auf den einzelnen Mandatsträger kommt dann jedoch eine höhere Belastung zu. Meist lassen sich die zusätzlichen Belastungen noch eine Zeitlang schultern, bevor dann vor lauter Ermattung der Erosionsprozess einsetzt. Denn nicht alle kleinen Ortsvereine weisen überdurchschnittliche Schrumpfungsraten auf.

5. Zusammenfassung, Fazit und Ausblick

Insbesondere für die Mitgliederparteien CDU und SPD bedeuten ausgeprägte Schrumpfungen ihrer Mitgliedschaft einen Verlust an Ressourcen. Deshalb ist es auch im Interesse der Parteien selbst, mehr über die Gründe für diese Schrumpfungsprozesse zu erfahren. Sie entstehen aus dem Saldo aus Eintritten, Sterbefällen und Austritten, wobei die Austritte den größten Anteil an den Schrumpfungsprozessen ausmachen. Auf der Basis der in der einschlägigen Literatur auffindbaren Erklärungsversuche sowie auf der Grundlage zweier empirischer Studien im SPD-Unterbezirk Siegen-Wittgenstein konnten folgende Erklärungsfaktoren herausgearbeitet werden, die so aber nicht für das gesamte Bundesgebiet erklärungskräftig sein müssen: Erstens, die Wirkung einer Erosion sozialer Milieus konnte nicht nachgewiesen werden. Umgekehrt weisen die Mitglieder im SPD-Unterbezirk Siegen-Wittgenstein einen besonders hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad auf. Dies verweist darauf, dass das ausgeprägte sozialdemokratische Milieu sich in einer Phase tendenziell arbeitnehmerfeindlicher Politik (Hartz IV, Rente mit 67) gegen die Mitgliedschaft in der SPD ausgewirkt hat. Zweitens, scheint ein gewisses Maß an Parteiverdrossenheit für den Mitgliederschwund verantwortlich zu sein. Als besonders erklärungskräftig ist dabei neben der ausgeprägten Machtorientierung und dem häufigen Wechsel an

der SPD-Spitze die Agenda-Politik der SPD. Drittens, unzureichende innerparteiliche Mitbestimmungsmöglichkeiten können gleichfalls zur Austrittsentscheidung beigetragen haben. Dies wurde insbesondere durch einen Vergleich der Einschätzung ehemaliger mit aktuellen Mitgliedern deutlich. Dabei sind insbesondere die Beteiligungsmöglichkeiten auf überörtlicher Ebene unterentwickelt. Viertens, große und u.U. anonyme Ortsvereine haben lediglich einen unterdurchschnittlichen Anteil an den Schrumpfungsprozessen. Umgekehrt, es konnte ermittelt werden, dass gerade kleine Ortsvereine unter 36 Mitgliedern und die sehr kleinen mit Mitgliederzahlen von 25 abwärts überproportional viele Mitglieder verlieren.

Die genannten Erklärungsfaktoren sind nicht unabänderbar. Auch wenn bei Volksparteien, die CDU und SPD auch sind, immer am linken und am rechten Rand Mitglieder wegbrechen werden, verweisen die Erklärungsfaktoren auf Möglichkeiten zur Gegensteuerung. Für die SPD heißt dies, wieder eine Politik voranzutreiben, die sich an den Interessen und Wertorientierungen ihrer Mitglieder ausrichtet, wie dies ja auch durchaus beobachtbar ist. Positionswechsel, die mit Blick auf potenzielle Mehrheiten vorgenommen werden, könnten leicht als übertriebene Machtorientierung interpretiert werden, und sind deshalb nur sehr vorsichtig zu betreiben. Gleichzeitig folgt aus den Ergebnissen, dass die SPD nach Wegen suchen muss, wie sie ihre Mitglieder oberhalb der Ortsvereinsebene besser beteiligen kann. Schließlich benötigt die SPD ein Konzept, wie sie mit sehr kleinen Ortsvereinen umgehen will. Denn das Problem wird sich angesichts der Überalterung der Partei eher verschärfen als von selbst lösen.

Angesichts einer gut entwickelten Parteienforschung ist der spezielle Zweig, der sich mit den Gründen für Parteiaustritte befasst, noch deutlich unterentwickelt. Dies dürfte zu einem großen Teil an den Schwierigkeiten liegen, überhaupt an entsprechende Daten zu gelangen. Möglicherweise wird sich die Bereitschaft der Parteien, entsprechende Forschungsanstrengungen intensiver zu unterstützen, mit der für die nächsten Jahre zu erwartenden Verschärfung des Problems der eigenen Schrumpfung erhöhen.

Literatur

- Detterbeck, Klaus, 2009: Die Relevanz der Mitglieder: Das Dilemma effektiver Partizipation, in: Uwe Jun/Oskar Niedermayer/Elmar Wiesendahl (Hrsg.), Zukunft der Mitgliederpartei. Opladen, Farmington Hills, 71-88.
- Klein, Markus, 2011: Wie sind Parteien gesellschaftlich verwurzelt?, in: Tim Spier/Markus Klein/Ulrich von Alemann/Hanna Hoffmann/Annika Laux/ Alexandra Nonnenmacher/Katharina Rohrbach (Hrsg.), Parteimitglieder in Deutschland. Wiesbaden, 39-59.
- Niedermayer, Oskar, 1989: Innerparteiliche Partizipation. Opladen.
- Niedermayer, Oskar, 2000: Parteimitgliedschaften: Zustand und Perspektive, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 51. Band, 94-100.
- Niedermayer, Oskar, 2011: Parteimitglieder in Deutschland: Version 2011, Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 18.
- Rohrbach, Katharina, 2011: Warum treten Mitglieder aus Parteien aus?, in: Tim Spier/ Markus Klein/Ulrich von Alemann/Hanna Hoffmann/Annika Laux/Alexandra Nonnenmacher/ Katharina Rohrbach (Hrsg.), Parteimitglieder in Deutschland. Wiesbaden, 177-201.
- Wiesendahl, Elmar, 2009: Die Mitgliederparteien zwischen Unmoderität und wieder entdecktem Nutzen, in: Uwe Jun/Oskar Niedermayer/Elmar Wiesendahl (Hrsg.), Zukunft der Mitgliederpartei. Opladen, Farmington Hills, 31-51.
- Wiesendahl, Elmar/Jun, Uwe/Niedermayer, Oskar, 2009: Die Zukunft der Mitgliederparteien auf dem Prüfstand, in: Uwe Jun/Oskar Niedermayer/Elmar Wiesendahl (Hrsg.), Die Zukunft der Mitgliederpartei. Opladen, Farmington Hills, 9-30.